

Formularmuster 1

Muster für Klage bei (einfacher) Ablehnung des Asylantrages und Abschiebungsandrohung

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch den Bundesminister des Inneren,

dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes

für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Az. ...

– Beklagte –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.

II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.

III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Eine detaillierte Begründung erfolgt mit gesondertem Schriftsatz.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Anmerkung:

Falls möglich, soll bereits in der Klage – spätestens aber in einem nachzureichenden Schriftsatz innerhalb der 1-monatigen Klagebegründungsfrist gemäß § 74 II AsylVfG – eine detaillierte Kritik an der BAMF-Entscheidung geübt werden. Dabei sollten zunächst die Argumente des BAMF widerlegt werden (meist Glaubwürdigkeitszweifel). Sodann sollte ergänzender Vortrag (nicht unbedingt neuer) ergehen, also die eigenen Argumente dargelegt und erläutert werden. Soweit Dokumente oder Materialien vorliegen, sollten

diese mit vorgelegt werden. Gegebenenfalls ist ein Beweisantrag zu stellen auf Einvernahme einer bestimmten Person als Zeuge oder Erholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Formularmuster 2

Muster für Klage bei Teilerfolg (Gewährung von subsidiärem Schutz gemäß § 4 AsylVfG und Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 V und VII 1 AufenthG)

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Az. ...

– Beklagte –

wegen Anerkennung als Asylberechtigte/r

(gegebenenfalls:

wegen Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 I AufenthG)

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.

II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen.

bzw.:

II. Die Beklagte wird verpflichtet, bei mir/uns die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen.

III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Das Bundesamt hat meinem/unserem Antrag nur teilweise stattgegeben und mir/uns nur subsidiären Schutz bzw. Abschiebungsschutz nach § 60 V und VII 1 AufenthG zugebilligt. Ich/wir begehren jedoch die Anerkennung als Asylberechtigte/r (**bzw.:** „die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG“).

Das BAMF hat dies zu Unrecht verweigert. Dies ergibt sich ... (**Anmerkung:** Ausführungen zu den Gründen).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 3

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Ablehnung des Asylantrages (als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet) mit Abschiebungsandrohung und (vorsorglichem) Wiedereinsetzungsantrag

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und
Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ... – Kläger/in und Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.

II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.

III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.

Begründung:

I.

Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Eine detaillierte Begründung erfolgt mit gesondertem Schriftsatz.

II. (Bei Ablehnung als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet)

Jedenfalls ist mein/unser Asylantrag nicht offensichtlich unbegründet. Die von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entwickelten strengen Kriterien einer

Offensichtlichkeits-Entscheidung liegen nicht vor. Insbesondere trifft es nicht zu, dass ...
(**Anmerkung:** Hier konkret darauf eingehen, warum der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde.)

Infolge dessen ist die aufschiebende Wirkung anzuordnen.

Zur Glaubhaftmachung im Eilverfahren überreiche/n ich/wir folgende Unterlagen: ...

III.

Die Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung ist auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil die Voraussetzungen des subsidiären Schutzes gemäß § 4 AsylVfG vorliegen und mir/uns in meinem/unserem Heimatstaat eine menschenrechtswidrige Behandlung im Sinne von § 60 V und VII 1 AufenthG droht. Konkret befürchte/n ich/wir ...

Gegebenenfalls: Auch in war/en ich/wir nicht in Sicherheit. Dies ergibt sich schon daraus, dass ...

IV. (bei möglicher Versäumung der Klagefrist)

Der Wiedereinsetzungsantrag ist vorsorglich gestellt. Sollte das Gericht der Meinung sein, dass die Fristen versäumt sind, bitte/n ich/wir um einen Hinweis und **beantrage/n**, mir/uns in diesem Falle **Akteneinsicht** zu gewähren oder zumindest die Aktenteile zuzusenden, aus welchen die Art und Weise, der Zeitpunkt und die Wirksamkeit der Zustellung hervorgeht.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 4

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Einstellung des Verfahrens sowie vorsorglicher Wiedereinsetzungsantrag

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und
Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in und Antragsteller/in –
gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Anerkennung als Asylberechtigte/r

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in aufgehoben.

II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.

III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 80 V VwGO:

Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.

Vorsorglich, für den Fall, dass die Klagefrist und Antragsfrist versäumt sein sollte, **beantrage/n** ich/wir

die Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

wegen der Versäumung der genannten Frist.

Begründung:

I.

Das Bundesamt hat im oben genannten Bescheid das Asylverfahren in meinem/unserem Fall eingestellt und mich/uns zur Ausreise aufgefordert. Die Einstellung ist zu Unrecht erfolgt, weil ich/wir meine/unsere Mitwirkungspflicht nicht verletzt haben ... (**Anmerkung:** Jetzt Ausführungen machen).

Und/oder: „Ich/wir habe/n zwar den Anhörungstermin beim Bundesamt versäumt, das Ladungsschreiben habe/n ich/wir aber nicht erhalten. Dies ist nicht mein/unser Verschulden ... (**Anmerkung:** Jetzt Ausführungen machen).

Der Bundesamtsbescheid ist deshalb aufzuheben. Nach meiner/unserer Ansicht muss das Bundesamt das Verfahren fortführen, wenn der jetzige Bescheid vom Gericht aufgehoben wird (Antrag Nr. 1). Ansonsten müsste das Gericht die Sache ausdrücklich wieder an das Bundesamt zurückverweisen.

Wenn das Gericht der Meinung ist, dass es in der Sache selbst entscheiden will, bitte/n ich/wir um entsprechende Mitteilung. Die notwendigen Anträge sind hilfsweise schon gestellt worden; ich/wir werden in diesem Fall zu meinem/unserem Asylbegehren noch ausführlich Stellung nehmen und gegebenenfalls entsprechende Beweisanträge stellen.

II.

Nachdem die Einstellung des Verfahrens zu Unrecht erfolgt ist, ist auch die aufschiebende Wirkung dieser Klage anzuordnen.

III.

Der Wiedereinsetzungsantrag ist vorsorglich gestellt. Sollte das Gericht der Meinung sein, dass die Fristen versäumt sind, bitte/n ich/wir um einen Hinweis und **beantrage/n** mir/uns in diesem Falle **Akteneinsicht** zu gewähren oder zumindest die Aktenteile zuzusenden, aus welchen die Art und Weise, der Zeitpunkt und die Wirksamkeit der Zustellung hervorgeht.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 5

Muster für Klage und Eilrechtsschutz bei Erlass einer Abschiebungsanordnung gem. § 34a und 35 AsylVfG und Ablehnung des Asylantrages als unbeachtlich nach § 29 I AsylVfG wegen Offensichtlichkeit der Verfolgungssicherheit im sonstigen Drittstaat , bzw. Einreise aus einem sicheren Drittstaat gem. § 26a AsylfG .

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

Klage und
Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...
– Kläger/in und Antragsteller/in –
gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...
– Beklagte und Antragsgegnerin –
wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in aufgehoben.

II. Die Beklagte wird verpflichtet, das Asylverfahren fortzuführen, hilfsweise, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.

III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Abschiebungsandrohung des Bundesamtes vom ... wird angeordnet.

Begründung:

Die Voraussetzungen einer anderweitigen Verfolgungssicherheit in einem sonstigen Drittstaat im Sinne von § 29 I AsylVfG

(*alternativ*: der Einreise aus einem sicheren Drittstaat gem. § 26a AsylVfG liegen nicht vor (**Anmerkung**: Jetzt Ausführungen machen.)).

Gemäß § 29 II 1 AsylVfG ist das Asylverfahren daher fortzuführen.

(*alternativ*: die Voraussetzungen von § 26a AsylVfG liegen nicht vor, weil ...)

zusätzlich, falls über das Vorliegen von Abschiebungsverboten entschieden wurde:
Jedenfalls liegen Abschiebungsverbote gemäß § 60 II - VII AufenthG im Hinblick auf ... vor, denn

Der Eilantrag ist begründet. Mein/Unser Aussetzungsinteresse überwiegt das öffentliche Vollzugsinteresse, weil der angegriffene Bescheid rechtswidrig ist; zumindest aber ist der Ausgang des Hauptsacheverfahrens als offen anzusehen (*Jetzt weitere Begründung.*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 6

**Muster für Klage und Antrag gemäß § 80 V VwGO bei Dublin-III-Verfahren
(Ablehnung als unzulässig und Überstellungsanordnung)**

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

Klage und
Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ... – Kläger/in und Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

- I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
- II. Hilfsweise: Die Beklagte wird verpflichtet, das Asylverfahren fortzuführen.
- III. Weiter Hilfsweise: Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, Hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter Hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.
- III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die aufschiebende Wirkung der Klage vom ...
gegen die Abschiebungsanordnung und des BAMF vom ... wird angeordnet.

Begründung:

Der angefochtene Bescheid ist rechtswidrig. Ich/Wir haben einen Rechtsanspruch auf Durchführung des Asylverfahrens in Deutschland und Gewährung von Asyl/Flüchtlingsschutz/subsidiärem Schutz/Abschiebungsverbote. (**Anmerkung: Jetzt darlegen, warum Deutschland zuständig ist, bzw. dass es vom Selbsteintrittsrecht hätte Gebrauch machen müssen, bzw. dass im Dublin-III-Staat systemische Mängel vorliegen**)

und die Gefahr einer erheblichen konkreten Menschenrechtsverletzung bei Überstellung droht.)

Der Eilantrag ist begründet. Mein/Unser Aussetzungsinteresse überwiegt das öffentliche Vollzugsinteresse, weil der angegriffene Bescheid rechtswidrig ist; zumindest aber ist der Ausgang des Hauptsacheverfahrens als offen anzusehen (*Jetzt weitere Begründung.*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die ... Sprache benötigt.

Unterschrift

Hinweis: *Da die Klage keine aufschiebende Wirkung hat, muss im Einzelfall geprüft werden, ob nicht dennoch auf einen Eilantrag verzichtet und nur eine Klage eingereicht wird.*

Formularmuster 7

Muster für Klage und Antrag gemäß § 123 VwGO beim Flughafenverfahren

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

Klage und
Antrag gemäß § 123 VwGO

der Frau / des Herrn ...
– Antragsteller/in –

gegen

1. Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Leiter der Außenstelle des
Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge am Flughafen ...
– Beklagte und Antragsgegnerin zu 1 –
2. Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Leiter der Bundespolizei am Flughafen ...
– Beklagte und Antragsgegnerin zu 2 –

Ich/wir erhebe/n **Klage(n)** und werde/n **beantragen**:

- I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
- II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.
- III. Die Beklagte wird verpflichtet, mir/uns unter Aufhebung der Einreiseverweigerung der Bundespolizei ... vom ... die Einreise zu gestatten.
- IV. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 123 VwGO verpflichtet,
mir/uns die Einreise zu gestatten.

Begründung:

Zur Begründung beziehe/n ich/wir mich/uns auf die bisherigen Angaben. Ich/wir **beantrage/n**, mir/uns die vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Nachfrist von weiteren vier Tagen zur wirksamen Wahrnehmung meiner Rechte einzuräumen.

Bereits jetzt trage/n ich/wir gegen den angefochtenen Bescheid vor:

(**Anmerkung:** Jetzt detaillierter Vortrag soweit möglich, der zugleich zur Begründung des Eilantrages dient; insbesondere muss auf Widersprüche etc. eingegangen werden und zur Glaubwürdigkeit Stellung bezogen werden).

Aufgrund vorstehenden Vortrages bestehen jedenfalls an der Rechtmäßigkeit der Einreiseverweigerung ernstliche Zweifel ...

(**Anmerkung:** Jetzt ausführen, insbesondere eventuelle Mittel der Glaubhaftmachung, z. B. eidesstattliche Versicherung, beifügen).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 8

Muster für Antrag auf einstweilige Anordnung auf Weiterleitung des Asylsuchenden an das Bundesamt beim Flughafenverfahren

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht...

Antrag gemäß § 123 VwGO

der Frau / des Herrn ...

– Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Leiter der Bundespolizei am Flughafen ...

– Antragsgegnerin –

Ich/wir **beantrage/n** hiermit:

1. Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 123 VwGO verpflichtet, mich/uns zur Stellung des Asylantrages an die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge am Flughafen ... weiterzuleiten und von einer Zurückschiebung einstweilen abzusehen.

2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung:

Die Antragsgegnerin hat mir/uns zu Unrecht die Einreise verweigert, obwohl die Voraussetzungen von § 18 II AsylVfG in meinem/unserem Fall nicht vorliegen ... (wird ausgeführt; **Anmerkung:** Ist die Zurückweisung nicht nach § 18 II AsylVfG erfolgt, sondern nach § 15 AufenthG, sind entsprechende Ausführungen zu machen).

Da ich ein Asylbegehren geäußert habe, ist die Antragsgegnerin demgemäß verpflichtet, mich/uns zur Stellung des Asylantrages an die Außenstelle des Bundesamtes am Flughafen ... weiterzuleiten (§ 18 a I 3 AsylVfG). Bis zur Entscheidung ist der Vollzug der Zurückweisung unzulässig.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 9

Muster für vorbeugenden einstweiligen Rechtsschutz bei einem Folgeverfahren

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

der Frau / des Herrn ...
– Antragsteller/in –

gegen

... (**Anmerkung:** Antragsgegner ist entweder das Bundesland oder die Kreisverwaltungsbehörde/kreisfreie Stadt, die die Abschiebung durchführt)
– Antragsgegnerin –

wegen Abschiebung

Ich/wir **beantrage/n** hiermit, wegen der Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung einstweilen zu beschließen:

1. Dem/der Antragsgegner/in wird geboten, von Abschiebungsmaßnahmen bis zur Entscheidung des Bundesamtes über die Beachtlichkeit meines/ unseres Asylfolgeantrages bzw. des Antrags auf Wiederaufnahme der Feststellung, dass Abschiebungsverbote nach § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen, abzusehen.
2. Der/die Antragsgegner/in trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung:

Ich/wir habe/n am ... einen Asylfolgeantrag (auf Anerkennung als Asylberechtigte/r / Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG / Gewährung von subsidiärem Schutz gemäß § 4 AsylVfG) gestellt.

Alternativ:

Ich/wir habe/n am ... einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens bezüglich der Feststellung von Abschiebungsverböten nach § 60 V und VII 1 AufenthG gestellt.

Eine Entscheidung des BAMF ist noch nicht ergangen. Es ist zu befürchten, dass der/die Antragsgegner/in vor einer Entscheidung des BAMF vollstreckt, d. h. mich/uns abschiebt.

Diese Besorgnis ergibt sich aus ... (**Anmerkung:** Schilderung der Gründe bzw. Erklärung, dass die Ausländerbehörde erklärt hat ...)

Dieser Antrag enthält auch einen Antrag auf erneute Überprüfung (Wiederaufnahme) des Vorliegens von Abschiebungsverboten nach § 60 II bis V und VII AufenthG.

Alternativ:

Ich/wir habe/n am ... einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens bezüglich der Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 V und VII 1 AufenthG gestellt.

Eine Entscheidung des Bundesamtes ist noch nicht ergangen.

Es ist zu befürchten, dass der/die Antragsgegner/in vor einer Entscheidung des Bundesamtes vollstreckt, d. h., mich/uns abschiebt.

Diese Besorgnis ergibt sich aus (**Anmerkung:** *Schilderung der Gründe, also z. B. Erklärung, dass die Ausländerbehörde erklärt hat, die Entscheidung nicht abzuwarten, oder es ständige Praxis in der Vergangenheit war, sofort, gegebenenfalls sogar in Nacht- und Nebelaktionen abzuschieben, so dass ohne einstweilige Anordnung ein effektiver Rechtsschutz nicht möglich ist).*

Zur Glaubhaftmachung: Eidesstattliche Versicherung

(**Anmerkung:** Entweder eigene eidesstattliche Versicherung beifügen oder, noch besser, die einer dritten Person)

Der Grundsatz der Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes gebietet den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Mein/Unser Antrag/Anträge auf Durchführung eines weiteren Folgeverfahrens würden ins Leere gehen, wenn die Entscheidung des Bundesamtes nicht abgewartet wird. Dieser Antrag ist zulässig, da neue Tatsachen/Beweismittel vorliegen und dem Bundesamt vorgetragen wurden.

Zur Glaubhaftmachung: Eidesstattliche Versicherung

(oder Abschrift des Asylfolgeantrages mit eventuellen Anlagen)

Mein/unser Asylfolgeantrag ist beachtlich ist. ... (*Ausführungen, warum dies der Fall ist.*)

Jedenfalls aber greift zu meinen/unseren Gunsten § 60 V und VII 1 AufenthG ein, weil ... (*Begründen*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die ... Sprache benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 10

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrages ohne neue Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und
Eilantrag nach § 123 VwGO bzw. § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...
– Kläger/in und Antragsteller/in –
gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

- I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.
- II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.
- III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 123 VwGO zu beschließen:

- I. Der Antragsgegnerin wird aufgegeben, die Mitteilung gemäß § 71 V 2 AsylVfG einstweilen zurückzunehmen und der Ausländerbehörde mitzuteilen, dass ein Asylfolgeverfahren durchgeführt wird, hilfsweise, dass das Vorliegen von Abschiebungsverboten gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG geprüft wird.
- II. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Sollte das Gericht jedoch der Auffassung sein, dass auch hier ein Antrag nach § 80 V VwGO das richtige Rechtsmittel ist, wird hiermit hilfsweise **beantragt**:

- I. Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.
- II. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Sollte das Gericht der Rechtsmeinung sein, dass einstweiliger Rechtsschutz nur durch einen Eilrechtsantrag gegenüber der Ausländerbehörde zu erreichen ist, bitte/n ich/wir um einen umgehenden gerichtlichen Hinweis.

Ungeachtet der Formulierung des Eilantrags und ungeachtet der Frage, welcher Antrag der richtige ist und wer der richtige Antragsgegner ist, bitte/n ich/wir das Gericht, meine/unsere Anträge so auszulegen, dass das erkennbare Rechtsschutzziel, bis zur Entscheidung in der Hauptsache einstweilen nicht abgeschoben zu werden, erreicht wird.

Begründung:

Das Bundesamt hat mit dem angefochtenen Bescheid die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt, ohne eine neue Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung zu erlassen.

Hiergegen richtet sich die Klage.

1) Der Eilantrag ist begründet.

Die Klage hat gemäß § 75 AsylVfG keine aufschiebende Wirkung. Es bedurfte daher eines Eilrechtsschutzes. Der vorliegende Antrag berücksichtigt die hierzu vertretenen Meinungen.

Die Voraussetzungen für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens liegen vor, weil seit der letzten Entscheidung neue Tatsachen und Beweismittel existieren, die auch innerhalb der 3-Monats-Frist vorgelegt wurden. Aufgrund dessen ergibt sich die Möglichkeit einer positiven Sachentscheidung. *(Nun Ausführungen zu den neuen Tatsachen und Beweismitteln.)* Jedenfalls ist das Vorliegen eines Abschiebungsverbots nach § 60 V und VII 1 AufenthG naheliegend, weil ... *(ausführen)*.

2) Die Klage selbst ist begründet. Zu Unrecht hat das Bundesamt meinen/unsere(n) Asylantrag als unbeachtlichen Folgeantrag angesehen und die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt. Tatsächlich steht mir/uns asylrechtlicher und abschiebungsrechtlicher Schutz zu. **(Anmerkung: jetzt Ausführungen machen)**.

Jedenfalls liegt ein nationales Abschiebungsverbot gemäß § 60 V bzw. VII 1 AufenthG vor. *(Begründen)*

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

HINWEIS: Ist zunächst nur Klage eingereicht worden, weil keine Abschiebung drohte (etwa wegen Krankheit etc.), hat aber jetzt die Ausländerbehörde die baldige Abschiebung angedroht, kann/muss ein isolierter Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gem. oben stehendem Muster eingereicht werden. Dabei sollte auf das bereits anhängige Klageverfahren hingewiesen werden.

Formularmuster 11

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrags mit neuer Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung

Absender Datum

Verwaltungsgericht

....

Klage
und Eilantrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...
– Kläger/in und Antragsteller/in –
gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...
– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

- I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.
- II. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuzuerkennen, hilfsweise, subsidiären Schutz gemäß § 4 AsylVfG zu gewähren, weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.
- III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

(Anmerkung: Je nachdem, was begehrt wurde, ist der Antrag in Nr. 2 zu variieren: Wurde – wie meistens – nur die Flüchtlingsanerkennung gemäß § 3 AsylVfG begehrt, ist der Antrag auf Asylanerkennung wegzulassen.)

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 80 V VwGO zu beschließen:

1. Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.
2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Das BAMF hat mit dem angefochtenen Bescheid die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt und eine neue Ausreisepflicht und Abschiebungsandrohung erlassen. Hiergegen richtet sich die Klage.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Ein Eilantrag ist daher erforderlich.

1) Der Eilantrag ist begründet.

Die Voraussetzungen für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens liegen vor, weil seit der letzten Entscheidung neue Tatsachen und Beweismittel existieren, die auch innerhalb der 3-Monats-Frist vorgelegt wurden. Aufgrund dessen ergibt sich die Möglichkeit auf eine neue Sachentscheidung. (*Nunmehr Ausführungen zu den neuen Tatsachen und Beweismitteln.*)

Jedenfalls ist das Vorliegen eines Abschiebungsverbots nach § 60 V und VII 1 AufenthG naheliegend, weil ... (*ausführen*).

2) Die Klage selbst ist begründet. Zu Unrecht hat das Bundesamt meinen/unseren Asylantrag als unbeachtlichen Folgeantrag angesehen und die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt. Tatsächlich steht mir/uns asylrechtlicher und abschiebungsrechtlicher Schutz zu. (**Anmerkung:** *jetzt Ausführungen machen*).

Jedenfalls liegt ein nationales Abschiebungsverbot gemäß § 60 V bzw. VII 1 AufenthG vor. (*Begründen*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 12

**Muster für Klage bei Wiederaufnahmeantrag im Hinblick auf § 60 V und VII
AufenthG (isolierter Wiederaufnahmeantrag)**

Absender ... Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...
– Kläger/in und Antragsteller/in –
gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

- I. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
- II. Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass bei mir/uns Abschiebungsverbote gemäß § 60 V und VII 1 AufenthG vorliegen.
- III. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Ich/wir habe/n einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen von § 60 V und VII 1 AufenthG gestellt. Das Bundesamt hat diesen Antrag abgelehnt. Hiergegen richtet sich die Klage.

Der Bescheid ist rechtswidrig. Richtigerweise hätten Abschiebungsverbote festgestellt werden müssen.

Zur Begründung beziehe/n ich/wir mich/uns auf die bisherigen Angaben. Mir/uns droht im Falle einer Abschiebung die in § 60 V und VII 1 AufenthG genannten Gefahren. Konkret droht mir/uns ... (*nun ausführen*)

Auch die 3-Monats-Frist ist gewahrt. Ich/wir habe/n von den neuen Tatsachen erst am ... Kenntnis erhalten. (*ausführen*)

oder: Ich/wir habe/n die neuen Beweismittel erst am ... erhalten.

oder: Das Bundesamt war verpflichtet, das Verfahren gemäß § 51 V VwVfG durchzuführen. Denn die frühere Entscheidung ist inhaltlich unrichtig. Im Fall der Abschiebung droht mir/uns eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben, weil ich/wir einer extremen Gefahrensituation ausgesetzt wäre/n, was bei der früheren Entscheidung nicht berücksichtigt wurde.

Darüber hinaus trage/n ich/wir noch vor: ... (*ausführen*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 13

Muster für Klage gegen den Widerruf oder die Rücknahme der Asylanerkennung und/oder der Flüchtlingseigenschaft und/oder der Zuerkennung subsidiären Schutzes und/oder der Feststellung des Vorliegens von nationalen Abschiebungsverboten

Absender

Datum

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Az. ...

– Beklagte –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Mit dem angefochtenen Bescheid hat das BAMF den Bescheid vom ..., mit dem ich/wir als Asylberechtigte/r anerkannt wurde/n und/oder mir/uns die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde und/oder mir/uns subsidiärer Schutz zuerkannt wurde und/oder bei mir/uns das Vorliegen von nationalen Abschiebungsverboten festgestellt wurde, widerrufen bzw. zurückgenommen.

Gegebenenfalls: Gleichzeitig wurde/n ich/wir zur Ausreise aufgefordert und die Abschiebung angedroht.

Der Bescheid ist rechtswidrig.

Die früher festgestellte Gefährdungslage besteht nach wie vor. Im Fall einer Rückkehr in meine/unsere Heimat droht mir/uns auch weiterhin politische Verfolgung bzw. die früher festgestellte Gefährdung. (*Jetzt Ausführungen zur Sache*)

Jedenfalls liegen die Voraussetzungen von § 73 I 3 AsylVfG vor. Danach ist von einem Widerruf abzusehen, wenn sich der Ausländer auf zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe berufen kann, um die Rückkehr in den Heimatstaat abzulehnen. Dies ist hier der Fall. (*Jetzt Ausführungen*)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 14

Muster für Klage gegen das Herausgabeverlangen des GFK-Passes bzw. des Anerkennungsbescheids wegen angeblichen Erlöschens gemäß § 72 AsylVfG

Absender Datum

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

{Anmerkung: Beklagter ist entweder das Bundesland oder die Kreisverwaltungsbehörde/kreisfreie Stadt}

– Beklagter –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Die Verfügung der Stadt/des Landkreises ... vom ..., mit dem ich/wir verpflichtet wurde/n, den/die GFK-Pass/Pässe bzw. den/die Anerkennungsbescheid/e des Bundesamtes vom ... herauszugeben, wird aufgehoben.

2. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Mit dem angefochtenen Bescheid/mündlicher Verfügung wurde/n ich/wir verpflichtet, den GFK-Reisepass/den Anerkennungsbescheid des Bundesamtes herauszugeben, da die Anerkennung als Asylberechtigte/r bzw. Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 72 AsylVfG erloschen sei.

Der angefochtene Bescheid ist rechtswidrig.

Ein Erlöschensgrund liegt nicht vor.

{Jetzt Ausführungen zur Sache, warum die Voraussetzungen von § 72 I Nr. 1 bis 4 AsylVfG nicht vorliegen; gegebenenfalls Beweismittel anbieten, z. B., dass man sich nicht dem Schutz des Verfolgerstaates unterstellt hat, sondern lediglich zur Eheschließung bzw. zur Führerschein Ausstellung einen Heimatpass benötigte.}

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 15

Muster für sofortige Beschwerde mit Prozesskostenhilfeantrag bei Abschiebungshaft

Absender... Datum...
(bitte alle Namen und Adressen
gut leserlich angeben)

An das Amtsgericht
(in dessen Bezirk ich/ wir inhaftiert bin/ sind)

...
...

Abschiebehaftbefehl gegen mich/ uns
Aktenzeichen

Eilt sehr – Haftsache

Hiermit wird gegen den Abschiebehaftbefehl des Gerichts vom...

sofortige Beschwerde
eingelegt.

Es wird darum gebeten, dieser Beschwerde entweder unverzüglich abzuhelpfen oder sie ohne weiteren Verzug dem Beschwerdegericht vorzulegen.

Ein Haftgrund liegt bei mir/uns nicht vor, da Haft zur Sicherung der Abschiebung nicht erforderlich ist. {jetzt detaillierte Ausführungen; z. B.: Ich/wir habe/n einen festen Wohnsitz; dieser ist auch der Ausländerbehörde bekannt. Ein Versuch, mich/uns der Abschiebung zu entziehen, ist nicht unternommen worden.}

Bei dieser Sachlage existieren keine konkreten Anzeichen, dass ich/wir mich/uns der Abschiebung entziehen wollen. (Eventuell weitere Ausführungen.)

Auch aus folgenden Gründen ergibt sich, dass ein Untertauchen nicht beabsichtigt war und ist: (z. B. Verlöbniß; regelmäßiger Kontakt mit der Ausländerbehörde ...)

Für eine eventuelle mündliche Verhandlung benötige/n ich/wir einen Dolmetscher für die ... Sprache.

Es wird ferner
beantragt:

Mir/Uns wird für das vorliegende Verfahren Prozesskostenhilfe bewilligt und einen Rechtsanwalt – oder Herrn Rechtsanwalt/Frau Rechtsanwältin ... beizuordnen, sowie die Kosten des Verfahrens dem Antragsteller aufzuerlegen.

Unterschrift